

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 283

23. April 2003

9. Jahrgang

Ein einziger Fall nur!

An der 59. Session der Menschenrechtskommission der UNO in Genf waren nebst VertreterInnen der guatemaltekischen Regierung auch Mitglieder verschiedener Menschenrechtsorganisationen anwesend, um die Situation der Menschenrechte aus ihrer Perspektive zu schildern. Der Delegation gehörten u.a. María Eugenia Morales de Sierra, stellvertretende Menschenrechtsombudsfrau und Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) an. Die Fijáte-Redaktion hatte Gelegenheit, mit den beiden zu sprechen.

Frage: Mit welchen Vorschlägen und Forderungen seid ihr nach Genf gekommen?

María Eugenia Morales de Sierra: Ich wurde vom Menschenrechtsprokurator Sergio Morales hierher geschickt, um als Beobachterin an der UNO-Session teilzunehmen, an der die Situation der Menschenrechte in Guatemala behandelt wird. Meine Aufgabe ist, unseren Vorschlag an die guatemaltekische Regierung über die Schaffung eines Untersuchungsausschusses über illegale paramilitärische Verbände und geheime Sicherheitstrupps auf dieser internationaler Ebene vorzustellen. In der CICIACS, wie die Kommission abgekürzt genannt wird, sollen ja nebst der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) und der guatemaltekischen Regierung auch zwei VertreterInnen der UNO präsent sein.

Ein weiterer Grund herzukommen ist, dass das Menschenrechtsprokurat (PDH) ja eine wichtige Rolle übernehmen soll, wenn sich die UNO-Mission für Guatemala (MINUGUA) Ende des Jahres zurückzieht. Dazu brauchen wir jedoch finanzielle Mittel, welche zu beantragen zu den Motiven meiner Reise gehört. Unser Aussenminister, Edgar Gutiérrez, hat die Entsendung eines Repräsentanten oder einer Repräsentantin des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte nach Guatemala gefordert, damit weiterhin eine Verifizierung der Menschenrechtssituation in unserem Land garantiert ist, auch nach dem unmittelbaren Weggang von MINUGUA. Seitens der PDH unterstützen und begrüßen wir diese Forderung, wünschen uns aber eine klare Definition dieses Mandats.

Mario Polanco: Unsere Delegation nach Genf ist zusammengesetzt aus VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen, der PDH und der katholischen Kirche, die sich seit Menschengedenken für die Menschenrechte in unserem Land einsetzt. Die Heterogenität unserer Delegation, die gleichzeitig eine Homogenität darstellt, da wir gemeinsam und koordiniert an den selben Themen arbeiten, ermöglicht es, unsere Beziehungen auf internationaler Ebene zu verstärken und zu vertiefen.

Wie erwähnt kommen wir mit der konkreten Forderung nach der Entsendung einer Vertretung des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte nach Guatemala. Wir sind der Meinung, dass MINUGUA ihren Auftrag erfüllt hat und sich zurückziehen soll. Es ist an der Zeit, dass die PDH und die Menschenrechtsorganisationen dahingehend gestärkt wer-

den, dass sie selber die Einhaltung und Überwachung der Menschenrechte garantieren können. Während dieser Übergangsphase ist in unseren Augen die Präsenz des UNO-Hochkommissariats unumgänglich. Dessen Anwesenheit macht aber nur Sinn, wenn Aufgaben und Kompetenzen klar definiert sind. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, die Koordination aller Institutionen und Organisationen, die mit Menschenrechten zu tun haben, sicherzustellen. Aber – und das ist der grosse Unterschied zum Mandat von MINUGUA – es muss von Anfang an mitbedacht werden, dass dieses Mandat und die privilegierte Position, die daraus resultiert, mittelfristig an die PDH übergeben werden muss. MINUGUA hat sich während ihrer neun Jahre Anwesenheit im Land nie darum bemüht, die PDH oder die sozialen Organisationen zu stärken. Und jetzt, wenige Monate bevor sie sich zurückzieht, will sie in einigen Kursen und Workshops all diese Verantwortung an uns übergeben.

Ein weiterer Grund unserer Reise ist die CICIACS. Wobei es uns Menschenrechtsorganisationen nicht nur darum geht, die internationale Gemeinschaft über die CICIACS zu informieren, sondern darum, erste konkrete Schritte einzuleiten. Stichwort Finanzen: Es liegt uns viel daran, dass auch europäische Länder die CICIACS finanziell unterstützen, und nicht nur die USA.

Frage: Worin seht ihr den Sinn von UNO-Missionen und Kommissionen wie der CICIACS? MINUGUA ist nun seit rund 8 Jahren in Guatemala und man kann beim besten Willen nicht sagen, dass sich die Menschenrechtssituation verbessert hätte.

M.P.: MINUGUA hat verschiedene Etappen durchgemacht, wovon einige sehr positiv waren. Die Stärke oder Schwäche von MINUGUA hing immer stark mit ihrem jeweiligen Delegationsleiter zusammen. Unter ihrem ersten Leiter blühte sie auf und konnte dieses Niveau auch unter dem zweiten Leiter halten. Die Folge davon war, dass sich die PDH zurückgezogen hat und sich gedacht hat "Soll sich doch MINUGUA um die Menschenrechtsverletzungen kümmern". Unter dem dritten Missionsleiter, Jean Arnault, fand ein Rückschritt statt. In diese Zeit fiel z.B. der "Fall Mincho", der MINUGUA in ein ziemlich schlechtes Licht rückte. Der Nachfolger von Arnault, Gerd Merrem,

war eine totale Katastrophe. Er hat weder zu den Organisationen noch zur PDH den Kontakt gesucht. Der aktuelle Leiter, Tom Königs scheint mir wiederum ein sehr fähiger Mensch zu sein, aber sein Job besteht nur noch darin, den Abzug von MINUGUA vorzubereiten.

Jedoch geht es ja hier nicht darum, die Vergangenheit zu beklagen, sondern wir müssen schauen, was wir daraus lernen können:

Wenn nun das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte nach Guatemala kommt, muss es – auch personell – absolut unabhängig sein von MINUGUA. Es muss von Anfang an und für alle klar sein, dass das UNO-Hochkommissariat nicht dazu hier ist, die Arbeit der guatemalteckischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zu übernehmen, sondern um deren Arbeit zu stärken. Und zwar nicht nur die Organisationen in Guatemala-Stadt oder in den Departementshauptstädten. Es geht auch um die Stärkung der Organisationen in den Dörfern, was bisher immer vernachlässigt wurde. Und die einzige staatliche Institution, deren Mandat geographisch und inhaltlich so weit reicht, ist die PDH. Doch sie steckt in grossen finanziellen Schwierigkeiten und ist darauf angewiesen, mit den sozialen Organisationen Allianzen einzugehen, um von deren Kapazitäten und Mobilisierungsfähigkeiten zu profitieren. In Huehuetenango z.B. gibt es bereits einen Kooperations-Vertrag PDH, GAM und der Sozialdiözese der katholischen Kirche. Die PDH stellt dabei am wenigsten Personal oder sonstige Ressourcen zur Verfügung, und ihr Personal hat bezüglich Menschenrechtskenntnissen noch einiges aufzuholen.

M.-E. de S.: Mario und ich kennen uns seit den 90er-Jahren. Er arbeitete bereits in der GAM und ich hatte eine Stelle in der damaligen PDH, die ich dann aber später wieder aufgab. Heute kommen wir wieder zusammen und bringen je eine Menge individueller und gemeinsamer Erfahrungen mit. Dazu gehört sicher die Erkenntnis, dass die Straflosigkeit nur bekämpft werden kann, wenn es Veränderungen auf struktureller Ebene gibt. Das Menschenrechtsprokurat nimmt auf struktureller Ebene eine wichtige Rolle ein, kann sie doch nebst den Untersuchungen, die sie führt, auch Anklägerin sein. Dieses Mandat der PDH gilt es auszunutzen und zu stärken, und dazu dienen uns sicher die internationalen Institutionen und deren Berichte.

Frage: Maria-Eugenia, du hast vorhin gesagt, dass du hier bist, um Geld für die Arbeit der PDH aufzutreiben. Wie willst du die Internationale Gemeinschaft davon überzeugen, dass sie Geld

investieren soll, wenn die Gefahr besteht, dass die PDH unter einem nächsten Leiter wieder ganz andere Wege einschlägt?

M.-E. de S.: Der aktuelle Ombudsmann, Sergio Morales, hat sich dazu verpflichtet, die Ausbildung der MitarbeiterInnen der PDH zu verbessern. Dazu gehört u.a. die Erarbeitung von Stellenprofilen. Zur geplanten Umstrukturierung gehören auch interne Weiterbildungen. Im Moment haben wir ein Jahresbudget von 10'000 Quetzales (ca. 1200 US-\$) für Organisationsentwicklung und Weiterbildung für die ganze Institution! Diese 10'000 Quetzales reichen vielleicht knapp, damit der Ombudsmann und seine engsten MitarbeiterInnen grob die gemeinsamen Arbeitsziele definieren können. Wir erhoffen uns, dass nach dem Weggang von MINUGUA dieser Budgetposten der PDH etwas mehr Beachtung erfährt. Im Rahmen des Weggangs von MINUGUA ist uns natürlich sehr daran gelegen, noch möglichst viel von ihr zu profitieren, und die Übernahme einzelner Arbeitsweisen ist für unsere MitarbeiterInnen bereits eine Art Weiterbildung. Weiterbildung und Spezialisierung muss aber institutionalisiert werden. Momentan befinden wir uns in einem Teufelskreis: Die Bevölkerung hat kein Vertrauen in uns, weil unsere MitarbeiterInnen zu wenig ausgebildet sind, und wir haben kein Geld, um ihnen diese Ausbildung zu ermöglichen.

Frage: Die USA stehen voll hinter dem Projekt der CICIACS. Was steckt da für ein Interesse dahinter?

M.P.: Die Idee der CICIACS nahm im Januar 2002 in Europa Gestalt an, bei einem Treffen verschiedener VertreterInnen guatemalteckischer Organisationen in Den Haag. Als wir nach Guatemala zurückkehrten, haben wir zu recherchieren begonnen, um herauszufinden, ob eine solche Kommission irgendwo schon einmal erwähnt wurde. Wir haben den Bericht der Wahrheitskommission durchgekämmt und nichts gefunden. Im Friedensabkommen über die Menschenrechte fanden wir einen Hinweis. Dann haben wir erfahren, dass es in El Salvador eine solche Kommission gegeben hat, und diese diente uns – bis hin zum Namen – als Vorbild. Wir begannen dann, im Rahmen unserer Reisen ins Ausland mit anderen Personen über die Idee zu sprechen. Als erste hat Helen Mack in Washington den dortigen Menschenrechtsorganisationen das Projekt vorgestellt, und diese waren sofort begeistert. Auch die Gespräche mit US-amerikanischen RegierungsvertreterInnen waren erfolgreich. Wir lösten ihnen nämlich ein grosses Problem: Ihre Angst, dass über Guatemala ein Haufen 'Terroristen' in ihr Land kämen. Ein Bin Laden,

falls er noch lebt, könnte locker einem guatemalteckischen Ex-General ein paar Millionen auf den Tisch werfen, und dieser organisiert ihm so viele guatemalteckische Pässe wie er nur will. Auch in Guatemala gibt es eine Reihe kleiner Monster, die von den USA grossgezogen und gehätschelt wurden und die sie jetzt nicht mehr unter Kontrolle haben. Nun suchen sie einen Weg, um diese Leute auszuschalten, und da kommt ihnen unser Vorschlag einer CICIACS gerade gelegen. In diesem Fall haben sie uns als ihre Alliierten auserwählt...Ihre Begeisterung ging soweit, dass Hamilton, der Anfang des Jahres als neuer US-Botschafter nach Guatemala kam, begann, für unser Projekt Lobbyarbeit zu machen.

M.E. de S.: Die Frage der US-amerikanischen Interessen ist auch auf institutioneller Ebene sehr wichtig. Die PDH muss per Verfassung und Mandat unabhängig sein, um ihre Arbeit objektiv machen zu können. Deshalb ist es uns auch wichtig, dass die internationale Gemeinschaft nicht nur finanziell sondern auch moralisch hinter der CICIACS steht. Dass die Vereinigten Staaten unser Vorhaben unterstützen, ist natürlich sehr wichtig, soll es erfolgreich sein.

Frage: Das klingt ja alles wunderbar, aber kürzlich wurde die Meldung veröffentlicht, dass die PDH und Edgar Gutiérrez am 13. März einen Vertrag über das Funktionieren der CICIACS unterzeichneten und kurz darauf im Kongress ein Gesetzesentwurf vorlag, der, bei Annahme, diesen Vertrag nichtig machen würde (siehe ¡Fijáte! 282). Ist das der Beginn eines administrativen Geplänkels, das dazu führt, dass die CICIACS nie zu arbeiten beginnt?

M.P.: Wir haben im Vorfeld versucht, alle möglichen und unmöglichen Szenarien durchzuspielen, die der CICIACS in den Weg gestellt werden könnten. In Guatemala gibt es drei Möglichkeiten, um ein Gesetz in Kraft zu setzen: Per Gesetzesvorschlag, der vom Kongress angenommen werden muss, per Regierungsabkommen oder per Legislativabkommen. Wir wussten, dass es ein ziemliches Risiko sein würde, 113 Personen – von denen einige ins organisierte Verbrechen involviert sind – einen Gesetzesvorschlag zu präsentieren, weil im Kongress nicht ein Gesetz als Ganzes, sondern Artikel für Artikel angenommen wird, und diese können einzeln modifiziert werden. Bei einem Regierungsabkommen hingegen reicht es, wenn der Präsident das Abkommen unterschreibt, am nächsten Tag im Regierungsorgan publiziert, und schon tritt das Gesetz in Kraft. Das Problem mit einem Regierungsabkommen ist, dass am näch-

sten 14. Januar ein neuer Präsident das Amt antritt. Wenn diesem ein Abkommen nicht passt, unterschreibt er einfach ein weiteres Dokument und setzt es damit ausser Kraft. Deshalb setzen wir auf das Legislativabkommen: Dieses wird auch vom Kongress angenommen, aber es wird als Ganzes verabschiedet.

Was am 13. März versucht wurde – und ich sage das als Vertreter einer sozialen Organisation, María Eugenia ist da vielleicht anderer Meinung – ist Teil der Manipulationen, an die wir seit langem gewöhnt sind. Ich traue Gutiérrez nicht uneingeschränkt und kann mir gut vorstellen, dass er den Vertrag vom 13. März mit der PDH unterschrieben hat, um hier in Genf gut dazustehen. Unterdessen haben wir aber – auch hier in Genf – soviel Druck ausgeübt, dass er seinen ominö-

sen Gesetzesentwurf wieder zurückziehen musste. Jetzt sieht es so aus, als ob Gutiérrez mit der UNO und der OAE ein Dokument erarbeitet, das dem Kongress als Legislativabkommen unterbreitet werden soll, wie wir uns das vorgestellt haben.

Frage: Es heisst, dass es schon über 70 Fälle gibt, die der CICIACS zur Untersuchung vorgelegt werden sollen. Um was für Fälle handelt es sich dabei?

M.P.: Diese über 70 Fälle müssen erst noch dokumentiert werden. Wahrscheinlich sind es sogar mehr. Dann muss entschieden werden, ob sie sich eignen, der CICIACS vorgelegt zu werden. Um diese Arbeit zu machen, haben wir die sechs Monate Zeit, die es noch dauern wird, bis die CICIACS zu arbeiten beginnt.

M.-E. de S.: Diese 77 Fälle sind eine Auswahl aller Anzeigen, die von der PDH entgegengenommen wurden. Natürlich gäbe es noch viel mehr Fälle. Aber für mich geht es nicht um die Anzahl der Fälle, die wir vorlegen können. Mein höchstes Glück wäre es, einen einzigen Fall durchziehen zu können! Ein Fall, an dem wir die klandestinen Strukturen aufzeigen können, der zeigt, wer die Verantwortlichen sind, ein Fall, der korrekt geführt wird und der uns erlaubt, demokratisch und juristisch die Personen zu verurteilen, die ausserhalb des Gesetzes funktionieren. Dies wäre ein grosser Sieg für den guatemalteckischen Staat und wäre der Beginn einer Ära, in der alle Welt wüsste, dass in Guatemala solche Verbrechen verfolgt und bestraft werden. Ein einziger Fall nur!

Zeit der Berichte

Guatemala, 11. April. Die im obigen Interview beschriebene Situation wird durch verschiedene Berichte nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen bestätigt und durch konkrete Beispiele und Zahlen ergänzt: Laut des aktuellen Berichtes der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) war das Jahr 2002 das gewalttätigste der sog. Nachkriegszeit. Dabei gehörte das "Recht auf Leben" zu dem am meisten verletzten und verzeichnet in den Statistiken einen Anstieg um 3'699 Fälle innerhalb eines Jahres auf insgesamt 5'826.

Die Analyse der GAM weist darauf hin, dass die Art der Bedrohungen, Ein-

schüchterungen und gewalttätigen Übergriffe gegen MenschenrechtlerInnen, JournalistInnen, soziale AktivistInnen und Oppositionelle ein Phänomen darstellten, das, so hatte man geglaubt, den Praktiken der Vergangenheit, ergo des internen bewaffneten Konflikts angehört.

Unter den herausragenden Zahlen, die der Bericht präsentiert, welcher lediglich die öffentlich angezeigten bzw. registrierten Fälle beinhaltet, gehören 1'547 Morde, 1'056 Totschläge, 924 Verletzte durch Schusswaffen, 479 Verletzte durch Stichwaffen, 213 Lynchversuche, 184 Vergewaltigungen, 161 Fälle von Folter, 154 Fälle von Kindesraub.

Es überrascht wohl auch weder die Feststellung des Dokuments, dass bei einem hohen Anteil dieser Verbrechen aktive bzw. pensionierte Agenten der staatlichen Sicherheitskräfte und klandestine Gruppen beteiligt waren, noch, dass bislang in keinem einzigen dieser Fälle ermittelt worden ist. Die Aktivität der Untergrundgruppen nehme möglicherweise im laufenden (Wahl-)Jahr noch zu, so Mario Polanco von der GAM.

Für Polanco enthüllt der Bericht den hohen Grad an sozialem Zerfall, des Klimas der Unsicherheit und Gewalt, in dem das Land lebt. Dies alles steht zudem in engem Zusammenhang mit der sozioökonomischen Situation des Landes; die *Extreme Armut* hat sich in 2002 deutlich verschärft.

Auf diese nimmt auch der Bericht der UN-Sondergesandten Hina Jilani Bezug, der Ergebnis ihres Guatemala-Aufenthaltes im vergangenen Jahr und für die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen bestimmt ist, die sich in ihrer 59. Konferenz vom 17. März bis 25. April in Genf dessen Analyse gewidmet hat. Jilani äussert sich in ihrem Dokument ver-

zweifelt angesichts der Haltung des guatemalteckischen Kongresses, der nicht die notwendigen Gesetze erlasse, um den Schutz der Menschenrechte zu verbessern, und der keinen Finger krümme, um gegen die Rechtsvergehen zu ermitteln. Die UNO entschied für Mitte des Jahres die Eröffnung eines Büros des Hochkommissariats für Menschenrechte in Guatemala, wie dies auch von der guatemalteckischen Delegation in Genf gefordert wurde. Ausserdem wird die UNO im Verlaufe des Jahres ihre Sonderbeobachterin für aussergerichtliche Hinrichtungen, Asma Jahangir, zu einer Bestandesaufnahme nach Guatemala schicken.

Ende März schloss auch die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) einen Besuch in Guatemala ab und legte den dazugehörenden Bericht vor. Die CIDH ist ein Organ der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA), welche zwei VertreterInnen in der CICIACS (s.o.) stellen wird. In ihrem Bericht kommt die CIDH zum Schluss, dass "die Einmischung der Armee in Belange, die gemäss Friedensabkommen nicht in ihre Kompetenz gehören sowie die Übergriffe seitens und die Korruption innerhalb der Zivilen Nationalpolizei (PNC) zu den grössten Hindernissen für die Entwicklung effizienter Sicherheitskräfte und somit zur Bekämpfung und Prävention der Kriminalität gehören". Der Rechtsstaat und die Demokratie könnten sich in Guatemala nicht entwickeln, solange das Justizsystem nicht in der Lage sei, die gravierenden Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit zu ahnden sowie diejenigen der Gegenwart und die herrschende Korruption zu bekämpfen. Die CIDH betont einmal mehr die Wichtigkeit der Friedensabkommen als Werkzeug für den Aufbau eines demokratischeren Landes.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Verein ¡Fijáte!**

**2502 Biel
PC: 30-516068-6**

**Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treock**

**Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich**

**Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:**

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Trotz aller Berichte: Drohungen gehen weiter

Guatemala, 17. April. Am 7. April, noch während er sich in Genf für die Schaffung der CICIACS einsetzte, wurde das Haus von Mario Polanco und seiner Partnerin, der ANN-Kongressabgeordneten Nineth Montenegro, überfallen. Montenegro ihrerseits nahm zur Zeit des Überfalls die vom guatemaltekischen Unternehmensrat verliehene Auszeichnung als "Leaderin des Jahres 2002" entgegen.

Unbekannte Männer fragten die Hausangestellte der beiden nach Polanco und als sie erfuhren, dass der Gesuchte nicht zu Hause sei, stürmten sie herein und nahmen nebst Computern auch sämtliche anderen Elektro- und Haushaltsgeräte mit. Die Computer enthielten wichtige Information über die Arbeit der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) und der von Montenegro und der GAM durchgeführten Studien über Budgetverschiebungen und Geldtransfers, vor allem ins Verteidigungsministerium. Obwohl die öffentliche Version die eines gewöhnlichen Einbruchs ist, sind Polanco und Montenegro davon überzeugt, dass es in erster Linie um die Daten auf den Computern und um eine Einschüchterung ging.

Einige Tage vor dem Überfall auf das Haus Polanco/Montenegro wurde in Comanchá, Quiché, der Maya-Priester Diego Xon Salazar mitten in der Nacht von schwerbewaffneten Männern aus seinem Haus entführt und zwei Tage später erschossen aufgefunden. Xon Salazar war Mitglied der Bewegung *Uk'ux*

Mayab'Tinamit und der Akademie der Maya-Sprachen, nahm an den Versammlungen der nationalen Menschenrechtsbewegung (MNDH) teil und war langjähriges Mitglied der GAM.

Xon Salazar erhielt bereits im März 2002 Drohungen, als er öffentlich auf die Wiederorganisation der ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) im Quiché aufmerksam machte. Die GAM wirft den örtlichen Behörden vor, die Drohungen gegen Xon Salazar nicht ernst genommen und ihm den nötigen Schutz verweigert zu haben. Die Organisation schliesst nicht aus, dass die PAC für den Mord verantwortlich sind.

Am 4. April wurde der Vertreter des Menschenrechtsprokurators (PDH) von Puerto Barrios, Waldemar Barrera, in seinem Auto überfallen, wobei ihm Dokumente gestohlen wurden, die mit seiner Arbeit zu tun hatten. Zwei Tage später wurde auch das Büro der PDH überfallen und verschiedene Archive, Dokumente und Computer gestohlen. Andere Wertgegenstände, wie z. B. eine Kamera, wurden von den 'Dieben' nicht mitgenommen.

Im letzten Jahr untersuchte diese Menschenrechtsombudststelle mehr als 90 Fälle, in welche zum Teil auch Mitglieder der Gemeindebehörde und der staatlichen Sicherheitskräfte verwickelt waren. Zu den bekanntesten Fällen gehören die Ermordung des Journalisten Mynor Alegría und die im Rahmen einer Drogenfahndung durchgeführte Razzia im Dorf Chocón, bei

der zwei Menschen von Mitgliedern der speziellen Drogenfahndungseinheit (DOAN, unterdessen aufgelöst) ermordet wurden. In diesem Fall wurden am 10. April sechzehn an der Razzia beteiligte DOAN-Mitglieder zu je 25 Jahren unumwandelbarer Haft verurteilt.

Ein weiterer Einschüchterungsversuch ist die Entführung des 16-jährigen Sohns von CNOC-Koordinator Rafael Chancavac. Der Jugendliche verschwand am 4. April nach dem Schulunterricht. In den Tagen zuvor hatte die Familie mehrere telefonische Drohungen erhalten, in denen es hiess "Rafael hat eine Schuld zu begleichen".

Auch die Direktorin der Nachrichtenagentur CERIGUA berichtet von erneuten Drohungen und Überfällen, ebenso der Generalstaatsanwalt Carlos de León Argueta und zahlreiche andere ExponentInnen von Justiz, Menschenrechtsorganisationen oder Presse.

Es ist offensichtlich und wird durch genauestens belegte Berichte sowie die täglichen Vorkommnisse bestätigt: Die Menschenrechtssituation in Guatemala verschlimmert sich. Einzig als makabrer Scherz kann es deshalb interpretiert werden, dass Präsident Portillo im Sitz der OEA mit dem "Freiheits-Preis" des *International Center*, einer US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation, ausgezeichnet wurde. - Und zwar für seinen unermüdlichen Einsatz für den Schutz der Menschenrechte in Guatemala!

Die FRG kann das auch alleine

Guatemala, 9. April. Die FRG hat sich ihre Mehrheit im Kongress wieder einmal zunutze gemacht, als es darum ging, in diesen Tagen die Haushaltsabschlüsse der Jahre 2000 und 2001 zu genehmigen, obwohl sie so manche Anomalien aufweisen. Doch gegen die Regierungspartei kamen weder die Ablehnung durch einige Oppositionsabgeordnete noch die vom Nationalen Rechnungshof (CGCN) eingereichten Einwände bezüglich der Etatberichte zahlreicher Ministerien an.

Unter den "ungewöhnlichen Fällen" treten im Besonderen das inzwischen aufgelöste Sekretariat zur Sozialen Entwicklung (SEDESOL), das Kommunikationsministerium (MICIVI) und der Soziale Investitionsfond FIS hervor.

Im Vorfeld hatte die Finanzkommission, die ebenfalls von der FRG dominiert wird, grünes Licht für die Abschlüsse gegeben, wobei an dieser Arbeitsgruppe beteiligte OppositionsanhängerInnen darauf hinwiesen, dass bereits hier gegen die gesetzlich festgelegten Vorgehensweisen zur (Nicht-)Genehmigung der öffentlichen Ausgaben verstossen worden war.

Im Falle des Nationalen Friedensfonds (FONAPAZ) z.B. ist der Verbleib von Q 30 Mio. nicht aufgeklärt. Dem FIS wurde vom Rechnungshof eine Strafe von Q 4,9 Mio. auferlegt, nachdem in 189 Verträgen mit verschiedenen Unternehmen im Jahr 2001 Unregelmässigkeiten entdeckt worden waren. In diesem Zusammenhang wird Iván Arévalo, damaliger Präsident des FIS und jetziger Kongress-Abgeordnete für die FRG beschuldigt, das *Gesetz für Einkäufe und Verträge des Staates* verletzt zu haben.

Bekannt sind ähnliche Probleme im MICIVI im Rahmen des Millionenzuschlags für das Programm "Wege der Chance" für den Zeitraum, als Luis Rabbé die Leitung dieser Institution innehatte.

Möglicherweise ist jedoch nicht einmal dem harten Kern der FRG die Sauberkeit dieser Sache ganz geheuer - warum sonst versucht Kongresspräsident Efraín Ríos Montt der Presse und somit der Öffentlichkeit den Zugang zu Informationen gerade zu dieser Haushaltsverabschiedung zu erschweren?

Wenn die JournalistInnen die ent-

sprechenden Dokumente bräuchten, müssten sie diese schriftlich beim Vorstand beantragen, so Ríos Montt - wobei die Unterlagen öffentlichen Charakter haben.

Diese Aktion sowie die vor wenigen Wochen angekündigte Schliessung der Presstribüne im Kongress, da der Platz nun für die zusätzlichen Abgeordneten gebraucht würde - dem aktuellen Zensus entsprechend ist ja die Rede von einer Vergrösserung des Kongresses (siehe ¡Fijáte! 280) - provoziert wieder einmal die entschiedene Zurückweisung und Kritik von Seiten diverser Sektoren an der willkürlichen Beschneidung der Meinungsfreiheit und dem Informationsrecht der Öffentlichkeit durch die FRG.

In der Zwischenzeit hat diese ein neues Darlehen über US\$ 48,8 bewilligt, das von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) gestellt wird und für "Gebiete extremer Armut" genutzt werden soll. Doch Alfredo Cojút von der Partei PAN stützt, dass gerade in einem Wahljahr neue Schulden aufgenommen werden: "Es bleiben Zweifel, ob das Geld wirklich den Guatemalteken zugute kommt."

Gerangel um die Beute

Guatemala, 11. April. Dem neuen Analyse- und Informationsservice für Drogenbekämpfung (SAIA) ist ein grosser Fisch ins Netz gegangen: Anfang April wurden in der Hauptstadt bei einer Razzia mehr als 14 Mio. US-\$ beschlagnahmt, die aus dem Verkauf von Drogen stammen (siehe ¡Fijáte! 282). Das durchsuchte Haus ist im Besitz von Otto Roberto Herrera, der als Kopf des "Golf-Kartells" und als Mittelsmann zwischen den Kartellen von Cali (Kolumbien) und Sinaloa (Mexiko) gilt. Ausser Bargeld wurden die Besitzkunden von 17 Häusern und zwei Fincas im Departement Izabal sichergestellt, sowie Quittungen für den Kauf von Kleinflugzeugen, Helikoptern, Fahrzeugen und Booten, die offensichtlich für den Transport der Drogen benötigt wurden. Dieser "Fund" war der Höhepunkt einer Reihe von Razzien und Sicherstellungen von Drogen und Drogen-Geldern.

Im guatemaltekischen Kongress entbrannte umgehend ein Streit darüber, was mit den über 14 Mio. US-\$ geschehen solle. Gemäss Anti-Drogengesetz müsste alles Geld ins Justizwesen fliesen. Nun forderte aber Generalstaatsan-

walt David de León Argueta, das Gesetz dahingehend zu ändern, dass bloss ein Viertel dem Justizwesen zukommt, ein weiteres Viertel dem Innenministerium und die Hälfte der Staatsanwaltschaft. Die FRG-Abgeordnete Zury Montt forderte ebenfalls eine Gesetzesänderung, will jedoch das Geld zwischen Justizwesen, der Zivilen Nationalpolizei und dem Militär aufteilen. Der URNG-Abgeordnete Pablo Ceto seinerseits fordert, dass die 14 Mio. ins Sozialwesen, z.B. für den Kauf von Medizin für Spitäler oder den Kauf von Land für BäuerInnen, investiert werden.

Insgesamt wurden im Verlauf der ersten drei Monate des Jahres bereits mehr Drogen beschlagnahmt als im ganzen letzten Jahr. Gemäss Polit-AnalytikerInnen hat der Druck der Vereinigten Staaten und deren Drohung, Guatemala die Zertifizierung und somit einiges an (finanzieller) Unterstützung zu entziehen, Wunder gewirkt (siehe ¡Fijáte! 277). Und die Antwort aus den USA kam umgehend: Falls das so weitergehe, werde man sich überlegen, Guatemala im September, bei der nächsten Evaluation, wieder von der schwarzen Liste des Dro-

genhandels zu streichen. Doch will die Bush-Administration noch mehr, unter anderem die Auslieferung von 12 Personen, die des Drogengeschäfts verdächtigt sind.

Eine weitere, vorläufig unausgesprochene Bedingung der USA, um Guatemala wieder zu den "Guten" zu zählen, ist laut Pablo Ceto die Verurteilung Kubas wegen Menschenrechtsverletzungen vor der UNO-Menschenrechtskommission. Dieses Thema, ein jährlich wiederkehrendes, ist heuer besonders brisant: Einerseits steht die besagte Zertifizierung mit finanziellen Folgen auf dem Spiel, andererseits haben Guatemala und Kuba in letzter Zeit freundschaftlichere Beziehungen gepflegt (siehe ¡Fijáte! 281) und im Gegensatz zum Vorjahr, ist Präsident Portillo für einmal stolz auf die kubanischen ÄrztInnenbrigaden im Lande.

Als erste Belohnung und Anreiz, mit den beginnenden Antidrogenbemühungen weiterzumachen, wurde Guatemala gerade anlässlich der 46. Sitzungsperiode des Drogen- und Betäubungsmittel-Komitees der UNO in Wien in eben diese Kommission gewählt.

Neues Krimikapitel im *Pavoncito*

Guatemala, 16. April. Die Versicherungen des Regierungsministeriums, die Situation in der Haftanstalt *Pavoncito* voll im Griff zu haben, wurde nicht nur durch Aussagen des stellvertretenden Direktors des Gefängnisses widerlegt, laut derer die vom Gericht angeordnete Verlegung von zwei Häftlingen nicht möglich sei, da jene als "cholos" bekannten Inhaftierten die Einrichtung unter ihrer Kontrolle hätten und keinerlei Garantie gewährleistet werden könne, dass die Wächter, der Bürgermeister oder ein Justizvertreter Einlass bekämen.

Am 18. März war in der Kapelle des Gefängnisses die Leiche eines Internierten gefunden worden. Medizinische und polizeiliche Untersuchungen sprachen gegen die erste Vermutung, dass er sich erhängt hätte und stellten fest, dass er von dem als "Mike aus Arizona" bekannte Häftling und vier weiteren Mitinsassen ermordet worden war. Die Inhaftierten erlaubten nicht, dass die Staatsanwälte den Leichnam selbst aus dem Gebäude holten, dieser wurde statt dessen an der Eingangstür überreicht.

Doch dies war wohl nur das Vorspiel zum nächsten Akt: Mitte April endete eine Polizeirazzia im *Pavoncito* in einer Schiesserei zwischen Sicherheitskräften und Häftlingen, die vier Tote und 19 Verletzte hinterliess.

Es ging wohl zu wie im Krimi: Auf

der Suche nach vier seit Wochen verschwundenen Insassen und aufgrund der Information, dass am 20. April ein dem im Dezember ähnlicher Gefängnisaufrastand stattfinden sollte (¡Fijáte! 277), kamen etwa 50 AgentInnen der Nationalen Zivilpolizei morgens um 5 Uhr in Bussen und LKWs mit ausgeschalteten Lichtern auf dem Gelände der Haftanstalt an, bevor 50 Mitglieder der *Schnellen Eingreifgruppe* das Gebäude umstellten und ihre AK-47 abfeuerten – nur fünf Minuten später wurden sie von den Schüssen der Häftlinge empfangen. Nach 10 Minuten warf die Polizeiliche Spezialeinheit (FEP) Tränengasbomben, um der Schiesserei ein Ende zu bereiten.

Auf Geheiss des Vize-Regierungsministers Alfredo Cáceres wurde der Presse und VertreterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH) der Zugang zum Tatort verwehrt, wo die Polizei diverse Waffen, waffenähnliche Gegenstände sowie Drogen sicherstellte. Schon im Vorfeld zeigte die PDH Behinderungen durch die örtlichen Autoritäten bei ihrer Arbeit im Fall *Pavoncito* an, wobei sie prüfen wollten, wie eine Inspektion in dieser Haftanstalt durchführbar wäre. Doch vom zuständigen Friedensrichter, dem Staatsanwalt und anwesenden Polizeiaagenten wurde ihnen der Zutritt nicht gestattet.

Die 550 *Pavoncito*-Insassen wur-

den inzwischen in die Gefängnisse in Escuintla und Chimaltenango verlegt, die jedoch weder adäquat ausgestattet sind noch den (Sicherheits-)Anforderungen entsprechen. Die Staatsanwaltschaft ist derweil weiter mit der Suche nach den vier verschwundenen Häftlingen und den Ermittlungen im *Pavoncito* beschäftigt. Mit Hilfe der Polizei wurden unter den Bodenplatten im Gefängnis bereits einige Hinweise gefunden, auch vergrabene Knochen kamen zum Vorschein, ob diese menschlich sind, wird derzeit untersucht.

Bereits im letzten Jahr wurden von der Mission der Vereinten Nationen für Guatemala (MINUGUA) und der Kommission des Gefängnisystems diverse Vorschläge zur Lösung der anhaltenden Krise der Gefängnissituation eingereicht. Doch diese blieben in den Berichten lediglich schriftlich festgehalten und fanden bis heute keinerlei Umsetzung. Für Regierungsminister José Adolfo Reyes Calderón besteht nun doch erst einmal Anlass, die seit Mitte Februar freie und nur durch einen provisorischen Leiter gefüllte Position der Direktion des Gefängnisystems mit Hilfe einer "dringenden Ausschreibung" neu zu besetzen. Ebenso wichtig ist die längst fällige Verabschiedung des neuen Strafgesetzes, die aber auch nicht ohne Absicht vom Kongress hinausgezögert wird.

Reiseperspektiven für MigrantInnen

Guatemala, 14. April. Die Bürgerrechtsorganisationen *Nationaler Rundtisch für die Migration in Guatemala* (MENAMIG) und die *Pastorale für menschliche Mobilität* fordern die Regierung zum wiederholten Male auf, sich für die Rechte der guatemaltekischen MigrantInnen einzusetzen, die in Mexiko und den USA katastrophalen Bedingungen ausgesetzt sind.

Im März beantragte eine Gruppe guatemaltekischer Arbeiter, die für unterirdische Grabungsarbeiten der *Bundeskommission für Elektrizität* im mexikanischen Chiapas angestellt sind, die Intervention der dortigen nationalen MigrantInnen-Schutzgruppe *Beta Sur*, damit ihnen ihr Gehalt ausbezahlt werde. Aufgrund der Nichtbezahlung hatten sie die Arbeit niedergelegt, sind daraufhin bedroht worden, dem Nationalen Migrationsinstitut ausgeliefert zu werden und wurden in ihrer Unterkunft eingeschlossen. Manche von ihnen konnten durch ein Fenster entkommen, um Nachbarn um Hilfe bzw. Essen zu bitten.

Währenddessen wurden 173 guatemaltekische BäuerInnen von zwei Fincas in Jacatenango, ebenfalls im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, vertrieben. Die Besitzer hatten angeblich nicht die Mittel, den Arbeitenden das Gehalt von bis zu 2'500 mexikanischer Pesos pro Person auszubezahlen. Daraufhin steckten die guatemaltekischen und mexikanischen Angestellten das Haus der Arbeitgeber in Brand.

Doch überhaupt ins oder auch durch das Land Mexiko zu gelangen birgt etliche Gefahren in sich, denen v.a. jene MigrantInnen aus ganz Zentralamerika - also der Grossteil von ihnen - ständig ausgesetzt sind, die versuchen, auf illegale Weise an ihr Ziel zu gelangen, da es für sie kaum legale aussichtsreiche Alternativen gibt.

So ist es z.B. in Mexiko üblich, dass die (Transport-)Züge, die Richtung Norden fahren und eine gängige "Reise-Möglichkeit" für die "Illegalen" darstellen, von organisierten Banden überfallen werden, für die jene MigrantInnen beliebte Opfer sind, die sich das erste Mal auf den Weg in die erhoffte bessere Zukunft machen. Sie tragen meist keine Papiere, jedoch ihre gesamten Ersparnisse in bar bei sich, um die "anfallenden Reisekosten", also die Schlepper und auch Grenzbeamten zu bezahlen. Bei einem in der Presse dann doch einmal erwähnten Vorfall wurden drei Guatemalteken krankenhausreif verletzt. Sie waren von dem fahrenden Zug gestossen worden, da sie nichts an Werten (mehr) bei sich trugen. Womöglich sind ihnen diese bei einem ihrer vorherigen "Reise-

versuche" bereits abgenommen worden.

Zwei Tote hinterliess indes ein Autounfall auf der Panamericana bei Palenque, Chiapas, bei dem ein Bus mit 49 illegalen MigrantInnen während eines gewagten Überholmanövers von einem LKW erfasst worden war.

Die Grenzbehörden geben bekannt, dass in den letzten Wochen täglich bis zu 13 Busse mit auf mexikanischem Territorium festgenommenen MigrantInnen aus ganz Zentralamerika am Grenzübergang El Carmen, San Marcos, eingetroffen sind, von wo aus sie in ihre Heimat-

länder zurück überführt werden. Die Busse mit den Deportierten samt diverser "Dokumente" werden an der Grenze den guatemaltekischen Behörden übergeben, die für den Weitertransport bis zur jeweils nächsten Landesgrenze zuständig sind. Doch die Nationale Zivilpolizei (PNC) in Guatemala verfügt nicht über genügend Personal - zwei AgentInnen müssen jeden Bus begleiten. Zudem beschweren sich diese, da ihnen ihre "Spesen" nicht gezahlt werden, obwohl doch das Geld zur Bekämpfung der Migration aus den USA fließt.

"Scherz oder Frechheit?"

Guatemala, 11. April. So betitelt der Nachrichtendienst *Incidencia Democrática* seine Meldung über die von Alfonso Portillo kurz vor der (Urlaubs-)Osterwoche vorgenommene Verkündung des nun wohl beginnenden *Nationalen Entschädigungsprogramms* und der Gründung des gleichnamigen Sekretariats, das der Präsidentschaft unterstehen soll. Doch wird diese Einrichtung weder über eigene Mittel, Ausstattung oder gar Personal verfügen, noch wurde bei der Initiative auch nur einer der im Vorfeld von diversen sozialen Organisationen eingereichten Programmanschläge berücksichtigt. Der Regierungsbeschluss wurde gefasst, da die im letzten Jahr aufgenommenen Verhandlungen zwischen Exekutive und u.a.

der *Multisektoriellen Initiative für Frieden und Eintracht* kein Ende fanden. Beide Seiten hatten einen Gesetzentwurf dem Kongress präsentiert, eine Verabschiedung durch diesen erfolgte jedoch nicht.

Die Auszahlung der Entschädigung an die ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) wird derweil das Finanzministerium übernehmen (siehe ¡Fijáte! 282), das wiederum auf jedweden Regierungsetanteil zurückgreifen kann, um jene zu entlohnen, die in Zeiten des internen Konflikts dem Staat "zu Diensten" waren, während die Opfer jener Verbrechen weiterhin leer ausgehen und den derzeit wieder aufkommenden Drohungen und Einschüchterungsaktionen der Ex-PACs ungeschützt ausgeliefert sind.

Mütter und ihre Kinder

Guatemala, 7. April. Die Rate der Müttersterblichkeit ist laut des *Nationalen Berichts Reproduktiver Gesundheit 2002* von 219 registrierten Todesfällen im Jahr 1998 auf 153 in 2002 gesunken, eine Reduktion von 30% in vier Jahren, wie der Gesundheitsminister stolz verkündet. Das Dokument erwähnt zudem die ansteigende Rate im Gebrauch von Verhütungsmitteln im selben Zeitraum von 38 auf 43%.

Das dem Bericht zu Grunde liegende Gesundheitsprogramm hat u.a. zum Ziel, die Frauen bezüglich der Notwendigkeit zu sensibilisieren, zwischen den Geburten ausreichend Zeit verstreichen zu lassen, legt gleichzeitig aber auch Wert darauf, dass sich mehr Männer für das Thema Reproduktive Gesundheit interessieren und v.a. die Jugend informiert ist.

Im lateinamerikanischen Raum nimmt Guatemala derweil den dritten Platz auf der Liste der "Länder mit Problemen im Bereich Reproduktiver Gesundheit" ein.

Obwohl der externe Schwangerschaftsabbruch gesetzlich verboten ist, sterben unterdessen in Guatemala 10 von 100 Frauen in Folge einer Abtreibung. Laut

Dr. Edgar Kestler, Gynäkologe und Geburtshelfer vom *Zentrum für epidemiologische Studien zur Sexuellen und Reproduktiven Gesundheit* steige die Anzahl der Abtreibungen täglich trotz möglicher Verhütung, genauso wie die Todesfälle durch postoperative Komplikationen.

Die feministische Journalistin Laura E. Asturias gibt dabei zu bedenken, dass zum einen nur 35% der Frauen im gebärfähigen Alter überhaupt potentiellen Zugang zu Verhütungsmitteln hätten und zum anderen die soziale Stigmatisierung und ökonomische Problematik von alleinerziehenden und/oder minderjährigen Müttern in Guatemala stark verbreitet sei.

Nach Angaben von Rettungseinrichtungen und des Nationalprokurats (PGN) wurden zwischen Januar und Oktober 2002 44 allein in der Hauptstadt ausgesetzte Babys in Obhut genommen, 30 davon waren Neugeborene. Parks, Kaufhäuser, öffentliche Strassen, Autobusse, Kirchen und Krankenhäuser seien meist die "Fundorte". Dabei stürben einige von den Kleinen noch bevor sie gefunden würden.

